

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Bundesrates Michael Bernard
und weiterer Bundesräte
betreffend **Autofahrer: Belohnen statt Bestrafen**

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Top 8, Beschluss des Nationalrates vom 13. Juni 2024 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über eine Verbrauchsteuer auf Mineralöl, Kraftstoffe und Heizstoffe (Mineralölsteuergesetz 2022 – MinStG 2022) geändert wird (4068/A und 2585 d.B.), in der 968. Sitzung des Bundesrates, am 27. Juni 2024

Ein Großteil der Österreicherinnen und Österreicher können sich aufgrund der Preisexplosionen das tägliche Leben, Wohnen und auch Tanken kaum mehr leisten. Autofahren ist für viele Bürgerinnen und Bürger nicht mehr finanzierbar. Die ÖVP-Grüne Regierung schröpft die Autofahrer! Betroffen sind insbesondere alle Pendlerinnen und Pendler, Familien sowie alle jene Bürgerinnen und Bürger, die auf ihr Auto angewiesen sind.

Die Novelle zum Mineralölsteuergesetz 2022 entlastet befristet die österreichischen Landwirtinnen und Landwirte. Diese Entlastung ist aber bei weitem nicht ausreichend! Autofahrer werden zunehmend dafür bestraft, wenn sie ihren Weg zur Arbeit mit einem KFZ zurücklegen müssen. Insbesondere Pendler in ländlichen Regionen, die über keine entsprechenden öffentlichen Verkehrsanbindungen verfügen, werden stark finanziell benachteiligt.

Die seitens der Bundesregierung beschlossene „CO₂-Steuer“, stellt viele Menschen vor enorme finanzielle Probleme und verteuert jede Tankfüllung enorm. Die CO₂-Abgabe gehört abgeschafft. Sie ist wirtschafts- und wettbewerbsfeindlich und obendrein ein reiner Inflationstreiber.

Die mit 1. Juli 2023 erfolgte Kürzung der Pendlerpauschale muss rückgängig gemacht werden und damit im Ergebnis die Erhöhung des Pendlerpauschales um 50 % sowie eine Vervierfachung des Pendlereuros bis auf Weiteres wieder eingeführt werden.

Das amtliche Kilometergeld ist eine Pauschalabgeltung, die all jenen zur Verfügung steht, die im Zuge einer Dienstreise Fahrten mit einem privaten Kraftfahrzeug unternehmen. Hier gab es seit dem Jahr 2008 (!) keine Erhöhung.

Die in dieser Gesetzgebungsperiode von den Regierungsfractionen von ÖVP und Grünen massiv erhöhte NoVA ist eine finanzielle Belastung, die die ohnehin bereits massiv krisengebeutelte Wirtschaft einerseits und die Konsumenten andererseits trifft. Anstatt die NoVA also immer weiter zu erhöhen, muss diese wirtschaftsfeindliche Steuer endlich abgeschafft werden. Denn gerade in dieser wirtschaftlichen Krisensituation braucht es keine neuen Belastungen, sondern Entlastungsschritte und Steuersenkungen. Durch eine Streichung der NoVA würden die Automobilpreise sinken, die Kaufkraft insbesondere für die Familien gestärkt und die Wirtschaft unterstützt werden.

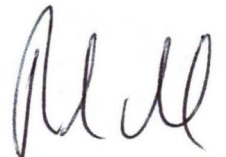
Zur Entlastung aller österreichischen Autofahrerinnen und Autofahrer stellen die unterfertigten Bundesräte folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, alles Erforderliche zu unternehmen, um die Autofahrer umgehend zu entlasten. Insbesondere sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Sofortige Abschaffung der CO₂-Abgabe
- Sofortige massive Steuersenkung auf Benzin und Diesel durch Halbierung beziehungsweise bei weiteren Preisanstiegen völlige Streichung sowohl der Mehrwertsteuer als auch der Mineralölsteuer
- Signifikante Erhöhung der Pendlerpauschale
- Verdoppelung des amtlichen Kilometergeldes
- Abschaffung der NoVA.“


(BERNARD)


(LEINFELLNER)


(SPANNING)